r. 6. Berlin, Freitag, den 14. Januar 1870. Sechster Jahrgang

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

e Zeitung erscheint drei l wöchentlich, und zwar: nstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Redaktion und Expedition: Berlin, Gitschinerstr. 17.

onnements-Preis für Berlin incl. Briggerlohn: vierteljährlich 16 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 16 Sgr., bei den außerpreußischen Postämtern in Deutschland gleichfalls 16 Sgr., (56 Kreuzer südd. Währung.)

Bestellungen werden auswärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem soliden Spediteur entgegenommen.
Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro viergespaltene Petit-Zeile mit 3 Sgr. berechnet; Arbeiter-Annoncen die Zeile nur 1 Sgr.

Agentur für England, die Colonien, Amerika, China und Japan Mr. A. Duesing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. C. London.

Mit dem 1. Januar hat ein neues Vierteljahrsabonnement auf den „Social-Demokrat" begonnen. Wir ersuchen diejenigen, welche ihn abonniren wollen, dies sofort zu thun. Die Bestellungen werden auswärts bei den Postämtern, in Berlin bei der Expedition, Gitschinerstr. 17, und bei allen soliden Zeitungsspediteuren gemacht. (Preis vierteljährlich 16 Sgr.)

(Unter Kreuzband bezogen im nicht-österreichischen Deutschland 1 Thlr., im österreichischen Deutschland 2 Gulden).

Die bewährte Thatkraft unserer Partei, daß sich auch darin zeigen, daß die allgemeine Verbreitung des Parteiorgans durch alle Gaue Deutschlands durchgesetzt wird. So weit deutsche Zunge klingt, muß der „Social-Demokrat" in allen Arbeiterhänden sein. Wir glauben von den Parteigenossen erwarten zu dürfen, daß sie mit äußerster Thatkraft für die Verbreitung des Blattes wirken werden.

Politischer Theil.

Berlin, 13. Januar.

H. Die preußische Fortschrittspartei durch den Waldenburger Strike, so sehr sie Versöhnung von Capital und Arbeit predigt, genöthigt, thatsächlich den Klassenkampf zu unterhalten. Jede neue Kundgebung der Anführer des Fortschrittlerthums ist auch eine neue Erschütterung ihrer einst als unfehlbar gepredigten Lehre.

Ausgesprochenermaßen, um die Arbeiter, welche durch die Zuschärfung der socialen Gegensätze in den Klassenkampf hineingezogen werden, von einem Anschluß an die Socialisten zurückzuhalten, haben die Anführer der Fortschrittler zu einer Unterstützung des Waldenburger Klassenkampfes schreiten müssen, so erbärmlich jene Unterstützung auch ausgefallen ist.

Ein Bild kläglichsten Hin- und Hertappens geben jene Leute. Auf der einen Seite stehen hungernde Bergleute, die im vorigen Sommer von den fortschrittlichen Phrasenhelden beschwatzt wurden, zu einem Strike günstige Zeit vorübergehen zu lassen, und jetzt mitten im Winter die höchste Noth leiden, jene betrogenen Bergleute, die von einem Max Hirsch in kopflosester, unverantwortlicher Weise durch Versprechungen zum Herumreisen in der Welt veranlaßt werden, um schließlich, aller Mittel bar, irgendwo liegen zu bleiben, wie es denn am Montag in Berlin geschehen ist, wo die socialistischen Arbeiter den von dem Fortschrittlerthum Preußens im Stich gelassenen Bergleuten eine Unterstützung geben mußten, wollten sie dieselben nicht auf dem Straßenpflaster zu Grunde gehen lassen. Die hungernden Bergleute, die Opfer der Capitalmacht und des Verraths, erfüllen die Seele ihrer bisherigen Anführer mit Entsetzen vor dem wachsenden Klassenkampf. Und auf der andern Seite stehen die Besitzenden, deren Ohr zu kitzeln die Fortschrittshelden vergebens streben, denn diese wollten die Arbeiter lieber ohne Weiteres niederhalten, und verschmähen, sobald es Ernst wird, den krummen Weg, die Arbeiter mit Redensarten zu ersticken.

Diese Zwitterstellung der fortschrittlichen Ansicht nöthigt sie denn auch bei ihrer Vertheidigung, eine Grundlehre des Socialismus nach der Thür zu zugeben, obschon sie dieselbe früher verneint haben und noch jetzt den Socialismus als ein Gespenst an die Wand malen.

Am letzten Dienstag hielten die Herren Franz Duncker und Max Hirsch Vorträge vor einem „gemischten Publikum", gewissermaßen, um sich der Berlin's gegenüber zu rechtfertigen. Selbstverständlich fehlte deshalb nicht der Hinweis, daß die Waldenburger Arbeiter unterstützt werden müssen, um die Ausbreitung des Socialismus und des Klassenkampfes zu hindern. Gleichwohl wurde von Herrn Duncker der in der heutigen Gesellschaft bestehende Klassengegensatz, also die Grundlage des Klassenkampfes vollkommen anerkannt. Berliner Blätter berichten über dies beachtenswerthe Zugeständniß des Fortschrittsmannes folgendes:

Herr Duncker betonte sehr entschieden die thatsächliche Existenz einer speciellen Frage (Arbeiterfrage), vor der man schon um deswillen die Augen nicht verschließen dürfe, weil sie klar und deutlich aus den Steuerlisten aller Kulturstaaten und speciell auch des preußischen erhelle. „Denn unter den heutigen Verhältnissen bilde durchschnittlich ein Einkommen von 1000 Thlr. die Grenze, von der aus erst ein eigentlich behagliches Leben beginne. Die 1866er Veranlagung zur preußischen Staatseinkommensteuer, die eben auch von dieser Grenze aus erfolge, habe nun bei dem dermaligen Bestande einer Bevölkerung von ca. 18 Millionen Menschen nur 72,893 Personen mit einem Einkommen von 1000 Thlr. und darüber ergeben, woraus allein schon hervorgehe, daß nur eine verschwindend kleine Minderheit in behaglichem Lebensgenusse sich befinde.

Also offenes Eingeständniß des Klassenelendes, des Klassengegensatzes, also auch der Berechtigung des Kampfes für Aufhebung jenes Gegensatzes, ist das nicht völlige Verleugnung der bisherigen fortschrittlichen Redensarten? Freilich, dem Vogel Strauß, der bisher seinen Kopf in den Sand steckte, um den Klassenkampf nicht zu sehen, ist jetzt eine Schlinge um den Hals geworfen, die sich immer fester zuschnürt. Herr Duncker hat natürlich sich gesträubt, die Konsequenz des Socialismus aus dem erwähnten Geständniß zu ziehen. Er appellirt an die „Humanität" der besitzenden Klasse, um der Arbeiterklasse aus ihrem Elend zu helfen, und doch, ist das nicht eine zweite Verleugnung seiner einstigen Lehre? Wo bleibt da die „Selbsthülfe!" Ja, man staune! Herr Duncker erklärt laut der fortschrittlichen „Voss. Ztg.":

Die Herstellung der vollen wirthschaftlichen und politischen Freiheit genüge nicht allein zur Abhülfe, dies hätten die liberalen Parteien erkannt. Die Pflicht der im Kampfe um das Dasein Bevorzugten sei es vielmehr, den Schwächeren, den Benachtheiligten zu Hülfe zu kommen.

Ei, ei, schöne „Selbsthülfe" das, Herr Dunker! Die wirthschaftliche Freiheit genügt Ihnen also nicht? Ei, Sie sind ein Reactionär! Oder gestehen Sie vielleicht ein, daß Sie und Ihre „Volkszeitung" die Socialisten bisher verläumdet haben! — Doch genug lassen wir den Herrn Dunker sich nur in Widersprüchen fangen, wenn er sich erst selbst derart Lügen straft, ist er zweifellos ein todter Mann!

Berlin, 13. Januar.

H. Die national-liberale Presse läßt sich im Anschluß an die Waldenburger Arbeitseinstellung die Bekämpfung der Strikes und trade's unions sehr angelegen sein. Im Gegensatz zu den Fortschrittlern, welche ihren Gewerkvereinsschwindel noch weiter durchzuführen suchen, vertritt sie offen den Standpunkt der Capitalistenklasse. — Nachstehend geben wir einen Leitartikel der „Köln. Ztg.", des bedeutendsten Bourgeoisblattes Deutschlands:

Die Arbeitseinstellung der Waldenburger Bergleute hat durch besondere, in ihrem Verlaufe eingetretene Zwischenfälle ihren örtlichen Charakter abgelegt und allmählich eine Gestalt angenommen, die uns eine nähere Besprechung derselben nicht bloß erlaubt, sondern zur Pflicht macht. Es kann uns nicht einfallen, über die Billigkeit oder Unbilligkeit, Ausführbarkeit oder Unausführbarkeit der ursprünglichen Forderungen der Waldenburger Bergarbeiter unser für diese Frage jedenfalls ganz unzuständiges und unberufenes Urtheil abgeben zu wollen. Aber seitdem kein Geringerer als Herr Schulze selber sich dazu hat hinreißen lassen, in der von den Waldenburger Arbeitgebern aufgestellten Vorbedingung, daß die Arbeiter aus den „Gewerkvereinen" austreten sollen, eine unzulässige Beeinträchtigung der gesetzlichen vollen Coalitionsfreiheit zu erblicken und um deswillen einen förmlichen Appell an die „Beihülfe der übrigen Gesellschaftsklassen" für die Bergleute gegen ihre Arbeitgeber zu richten, hat damit die Waldenburger Frage eine ganz neue Gestalt gewonnen, und zwar eine Gestalt, die uns nöthigt, zuvörderst uns ein begründetes Urtheil über das Wesen und den Werth oder Unwerth der Gewerkvereine selber zu bilden. Indem wir uns aber ein solches Urtheil bilden, meinen wir keineswegs daraus allein schon auch über die betreffende Forderung der Waldenburger Arbeitgeber selber ein entscheidendes Urtheil gewinnen zu können. Wenn wir die „Gewerkvereine" etwa als eine sociale Mißbildung erkennen — und wir unserestheils thun das —, so folgt daraus noch durchaus nicht, daß die waldenburger Arbeitgeber klug gehandelt haben, ihre Forderungen zu stellen, oder auch nur, daß sie nunmehr verpflichtet sind, dieselbe mit allen Opfern durchzuführen; für ein solches Urtheil erachten wir uns noch immer incompetent, wir müßten, um es fällen zu können, Kenntnisse des waldenburger Geschäftes haben, die uns fehlen und die jedenfalls die dortigen Bergbau-Unternehmer in viel vollerem Maße besitzen als wir. Es geschieht mit gutem Bedacht, daß wir unsere Vorfrage so ausdrücklich umgränzen, es geschieht, weil wir damit gegen jene unbescheidene Aufdringlichkeit, der wir in Correspondenzen und Artikeln gänzlich unberufener Urtheiler tagtäglich begegnen, unseresheils sofort ausdrücklich protestiren möchten.

Die „Gewerkvereine" sind durchaus ganz anderer Natur als die früheren Bildungsvereine und als die Schulze'schen Genossenschaften. Sie stehen freilich ihrer Meinung nach — wenigstens so viel sie eingestehen. — noch ganz auf dem gesunden Boden einer verständigen „Selbsthülfe" innerhalb der bestehenden, auf der modernen Eigenthums- und Vertrags-Freiheit beruhenden gesellschaftlichen Rechtsordnung. Aber diese Meinung ist eine Illusion!

Wir haben das an dieser Stelle schon einmal früher nachzuweisen gesucht, eben schon im Juli 1868 bei Besprechung der Erfolge der neueren socialen Gesetzgebung in England, wobei wir dem Gebilde der englischen Gewerkvereine, den trade's-unions, welchen die deutschen nachgebildet sind, eine besondere Aufmerksamkeit zuwandten.

Die Anfänge der englischen Gewerkvereine stammen aus der Zeit vor dem Beginne der neuen socialen Gesetzgebung, also vor 1832. Sie stammen aus der Zeit der unbefangenen Herrschaft der Principien der Manchesterschule auf dem Gebiete des Bergwerks- und Fabrikenwesens, der Zeit der „unbeschränkten Vertragsfreiheit" auch für Frauen- und Kinderarbeit, der Zeit des „Fabrikbeins", der Rückgratverkrümmungen und überhaupt der Scropheln-Epidemie. Sie bestanden damals geheim, da es ein Coalitionsrecht der Arbeiter noch nicht gab. Dieselben bekannten sich hauptsächlich zu dem Zwecke: „Aufrechterhaltung der Löhne und Beschränkung des Zuströmens von Lehrjungen." Nach Aufhebung der Coalitionsverbote traten sie mehr an die Oeffentlichkeit, wählten ihre Maßregeln (bei Strikes u. dgl.) mit mehr Umsicht und Besonnenheit und waren weniger zu unbesonnenen Gewaltversuchen geneigt. Allein die öffentliche Meinung, welche der neuen Sozialgesetzgebung und namentlich auch den Cooperativ-Gesellschaften sehr bald durchaus günstig wurde, blieb den trade's-unions immer abgeneigt. Der an sich löbliche Hauptzweck derselben, nämlich den Lohn zu steigern oder wenigstens auf seiner Höhe zu erhalten, blieb derselbe, aber leider auch die Unzulänglichkeit des Urtheils über die Mittel zum Zweck, namentlich der alte Aberglaube an die Macht der „Strikes", dem ein neuer systematisirter Aberglaube über die Wirkung künstlicher „Verminderung des Angebots der Arbeit" hinzutrat. Da sie nun die Irrthümer ihres unzulänglichen Urtheils oft sehr theuer bezahlen müssen — mit Aufzehrung ihrer Ersparnisse und selbst bitterem Hunger der Ihrigen —, so greift, indem sie das Scheitern ihrer Maßnahmen eher dem bösen Willen Anderer als der inneren Verkehrtheit und Unzweckmäßigkeit dieser Maßnahmen zuschreiben, leicht eine Erbitterung Platz, die gelegentlich auch jetzt noch, wenigstens ausnahmsweise, zu lichen Verbrechen führt, wie sie im Jahre 1867 zu Sheffield an's Licht gebracht sind. Und da, wo die Erbitterung zu solchen Excessen nicht führt, da stört sie doch Lust und Liebe zur Arbeit, ja, verwandelt sie in Unlust und Ueberdruß. Die Trägheit und Unlust aber wird ferner noch unterstützt durch ein verhängnißvolles theoretisches Mißverständniß über die Lohnsteigerung mittels „Verminderung des Arbeitsangebots". Dieser verhängnißvolle Wahn hat zu dem unwirthschaftlichsten Streben nach Verminderung der Arbeitsleistung, nicht blos der Arbeitszeit, der Kinder- und Frauenarbeit, sondern selbst der Produktivität der Arbeit, eben des Fleißes selber geführt. In diesem Sinne fordern viele trades unions die „Ausschließung der Stückarbeit", ja, „die Gleichheit des Arbeitslohnes für alle Arbeiter desselben Arbeitszweiges", also für Geschickte und Ungeschickte, Fleißige und Faule. — Der Arbeitgeber soll nach den Statuten vieler dieser Vereine, auch bei etwaiger Bewilligung eines geforderten höheren Lohnes, die minder geschickten und minder fleißigen Arbeiter nicht entlassen dürfen, ohne Genehmigung eines Schiedsgerichtes! Dabei soll es, wenigstens versichern das die Gegner der Vereine, in vielen derselben Geheimlehre sein, daß die Arbeiter durch Faulheit den Lohn für sich und ihre Gewerksgenossen steigern können, indem in Folge derselben für das gleiche Product mehr „Arme" erforderlich, also die „Nachfrage nach Arbeitern" günstiger werde!

Daß die Arbeitgeber in England gegen den an ihrer Industrie nagenden Krebsschaden solcher Gewerkvereine einen gründlichen Widerwillen haben, versteht sich von selbst. Die einsichtigeren und mächtigeren Arbeitgeber erwehren sich deshalb seiner; sie geben lieber einen etwas höheren Lohn und sorgen sonst für ihre Arbeiter mit besonderem Wohlwollen, um nur so alle Vereinsmitglieder aus ihrem Arbeiterstamme ausgeschlossen halten zu können. Aber freilich, nicht alle englischen Arbeitgeber sind in der Lage, eine solche Sauberhaltung durchzusetzen. Die Herren Ludlow und Lloyd Jones schwärmen für die trade's unions, weil sie leider selber gründlicher national-ökonomischer Einsichten entbehren und selber von dem unmöglichen und widersinnigen Ideale einer „Fixirung und möglichsten Gleichmachung der Löhne" beherrscht sind. Aber sie selber verschweigen doch in ihrem Berichte die zu Tage liegenden Schattenseiten nicht. „Wir wollen nicht sagen", heißt es in ihrem Berichte, „daß die Vereine immer einen guten Gebrauch von ihrem Gelde machen — welche Klasse von Vereinen, ja, welcher Einzelne thut dies? Wir wollen nicht läugnen, daß ein bedeutend angehäufter Fond oft einen Verein zu einem Strike verleiten kann." Und: „Wir beabsichtigen nicht, zu bestreiten, daß die Vereinsreglements oft eine verderbliche oder unbillige Praxis sanctioniren oder sogar einschärfen; sind Arbeitgeber immer angetrieben von unfehlbarer Weisheit und vom reinsten Wohlwollen in ihrem Geschäftsverkehr mit ihren Kunden? Bei dem gegenwärtigen Zustande der englischen Gesellschaft können wir nicht wünschen, daß solche Körperschaften nicht existiren, wir glauben, daß die Uebel, welche sie erzeugen — und sie sind oft unzweifelhaft groß —, überwogen werden von den Vortheilen, welche sie auf den Arbeiter und durch ihn auf die Gesellschaft übertragen." Aber das wahre Uebel steckt nicht, wie die beiden Herren meinen, in den zufälligen Auswüchsen, sondern in zwei Grundirrthümern, einem ökonomischen und einem politischen, welche mit zum Wesen der Gewerkvereine gehören und auf welchen ihre ganze Organisation beruht.

Den Vereinen liegt wesentlich zum Grunde eine ganz falsche und verderbliche Vorstellung von den volkswirthschaftlichen Bestimmungsgründen des Lohns. Sie wissen nicht, daß der Lohn zuletzt und zumeist abhängt von der Productivität der Arbeit, und insbesondere von der Zunahme des Capitals. Die Unzulänglichkeit ihrer volkswirthschaftlichen Einsicht führt sie zu ganz falschen Vorstellungen über die Wirkungen ihrer Strikes und ihrer Reglementirerei. Die Folgen sind in England gewesen, die sie nach volkswirthschaftlichen Gesetzen sein mußten: — wo die falsch angewendeten Strikes scheiterten, war eine Masse Capitals unnütz vergeudet; wo sie unbillig für den Augenblick durchgesetzt wurden, ließ die Zunahme der Capitalanlage in den betreffenden Gewerbszweigen nach, die natürliche Steigerung des Lohns war anticipirt und wurde gerade damit vorzeitig zu einem Stillstande gebracht, welcher Stillstand dann meistens wegen der geschädigten Concurrenzfähigkeit auf dem fremden Markte bald zum Rückgang wurde. Namentlich die Eisen-Industrie Englands ist schwer durch diese Wirksamkeit der Vereine geschädigt worden, wofür die deutsche vielleicht den trade's-unions ihren Dank votiren könnte! Die Herren Ludlow und Lloyd Jones verkennen alles nicht, sie meinen aber, daß der Zweck der trade's-unions sich nicht auf nationalem Boden, sondern nur durch „internationales" Zusammenwirken derselben erreichen lasse; jedenfalls müsse es den englischen Geschäften zu Gute kommen, wenn die trade's-unions und die organisirten Strikes nunmehr auch auf den Continent verpflanzt würden. Andere englische Wortführer rufen in allerneuester Zeit schon wieder nach „Schutzzöllen", noch andere nach „Auswanderung auf Staatskosten"! Und neben dem volkswirthschaftlichen Irrthume in Betreff der natürlichen und unvermeidlichen Bestimmungsgründe des Lohnes geht der politische nebenher, daß man im Sinne der Manchesterleute die Staatsgesetzgebung von dem socialen Gebiete möglichst zurückdrängen, dafür aber eine sociale Gesetzgebung und sehr weit getriebene Reglementirerei durch die wirthschaftlichen Stände, durch einen organisirten Klassenkampf schaffen will. So sinkt man von dem Standpunkte des modernen Staates auf den Standpunkt der mittelalterlichen, so zu sagen noch „staatlosen" Gesellschaft, auf den Standpunkt unserer mittelalterlichen städtischen Zunftkämpfe zurück!

Eben diese unheilvolle sociale Mißbildung der englischen trade's-unions hat man im Spätherbst 1868 auch nach Deutschland übertragen. Sie ist es, für die in Waldenburg nun selbst Herr Schulze Partei nimmt!

So die „Köln. Ztg.". — Ihre Ausführungen gegen die trades unions sind aus dem Grunde nicht stichhaltig, weil behauptet wird, daß die durch Gewerkvereine bei Verkürzung der Arbeitszeit erzwungene Lohnerhöhung nicht den Capitalgewinn der Capitalisten vermindere, sondern vielmehr eine Erhöhung des Waarenpreises zur Folge habe und deshalb den Arbeitern nichts nütze. Dies ist irrig, wie sich aus folgender Betrachtung ergiebt. Der Werth aller Waaren, welcher den Punkt bildet, um den die Preise auf- und abschwanken, ist gleich der auf die Hervorbringung derselben verwandten durchschnittlichen und nach den Produktionsverhältnissen nothwendigen Arbeit. Diese Summe fließt in die Taschen der Capitalistenklasse, welche davon möglichst viel, den sogenannten Capitalgewinn, für sich behält und das Uebrige, den Arbeitslohn, der Arbeiterklasse nur, in so hohem Maße zufließen

heitsgemäßen Verhältnissen nach, davon existiren und sich fortpflanzen kann. Wenn nun also die Arbeiterklasse in einem ganzen Lande oder gar in allen Kulturländern eine Verminderung der Arbeitszeit und verhältnißmäßige Lohnerhöhung durchsetzt und also ihre gewohnheitsgemäße Lebensnothdurft zu befriedigen kostspieliger ist, so ist es klar, daß von dem erzielten Ertrage, den die Capitalisten durch Verkauf der Waaren erlangen, sie eine größere Summe an die Arbeiterklasse abgeben müssen, weil einerseits mehr Arbeiter bei der kürzeren Arbeitszeit, um dasselbe Arbeitsprodukt zu liefern, unterhalten werden müssen, und anderseits diese Arbeiter, weil sie mehr freie Zeit haben und also mehr geistige und materielle Genüsse sich zu verschaffen suchen werden, bei Befriedigung ihrer Lebensnothdurft, mehr konsumiren werden. Es folgt somit, daß weil alsdann von dem Arbeitsertrag ein größerer Theil wie bisher als Lohn an die Arbeiterklasse von der Capitalistenklasse ausgeliefert werden muß, der Theil, den die Letztere durch Ausbeutung der Arbeiterklasse an sich zu reißen pflegt, also der Capitalgewinn, geringer werden muß.

Rundschau.

Berlin, 13. Januar.

□ Wenn gegenwärtig in Preußen die Fortschrittspartei und die national-liberal-konservative sich in den Waldenburger Strikeangelegenheiten in den Haaren liegen und wenn wir auch solche Zänkereien mit Freuden begrüßen und unseren Lesern zum Ergötzen vorführen, so wissen wir doch, daß dieser Streit so nahe verwandter Seelen von so geringer Bedeutung ist und daß schon bald die große Versöhnung erfolgen wird. Bei jeder Gelegenheit, wo wir uns in etwas erhöhtem Maße rühren, werden alle anderen Parteien immer mit großer Einmüthigkeit über uns herfallen und sofort ihren ganzen häuslichen Zwist vergessen. Die national-liberale „Posener Zeitung" giebt nun der Fortschrittspartei einen derben Hieb, indem sie schreibt:

Nicht der ungemein imponirende Erfolg des Verhaltens der Fortschrittspartei und der Gewerkvereine bewog die Gegner derselben, Hrn. Dr. Hirsch um Versöhnung anzugehen, sondern die gänzliche Erfolglosigkeit aller Bemühungen, Geld in größerem Maßstabe anzuschaffen, und die sichere Gewißheit, daß ohne Kompromiß das Fiasko unausbleiblich sei, bewog den in seiner Rathlosigkeit von Pontius zu Pilatus laufenden Dr. Hirsch, noch einen letzten Versuch bei dem Abg. Lasker zu machen, um auf möglichst glimpfliche Weise aus dem schlimmen Handel herauszukommen. Während der Verhandlungen, die mehrere Tage schwebten, verlautete kein Wort; kaum hat man aber den Vergleich in der Tasche, so ertönt das Trompetensignal, welches den großen Sieg verkündet, und während man auf national-liberaler Seite noch aus Discretion schweigt, um die verunglückte Taktik der Gewerkvereine nicht beleuchten zu müssen, dreht ein Correspondent der Elb. Ztg. den Spieß einfach um, indem er mit möglichster Emphase die Beilegung des waldenburger Strikes als Errungenschaft und Verdienst für die Fortschrittspartei bezeichnet. Dergleichen Parteikunststückchen sind denn doch etwas zu toll, obwohl wir ihnen die Wahrscheinlichkeit des Erfolges gar nicht abstreiten wollen. So etwas wird mit Dreistigkeit behauptet, macht die Runde und setzt sich schließlich als geglaubte Thatsache fest. Was die national-liberale Partei betrifft, die nach der Behauptung des Correspondenten der Elb. Ztg. theilweise mit dem Aufruf der Fortschrittspartei einverstanden gewesen sei, so ist es zu verwundern, daß letztere den Aufruf nicht mehreren Mitgliedern der Partei zur Unterschrift vorgelegt hat. Sie that dies aber nur bei zwei Personen, nämlich bei dem Abg. Lasker und Professor v. Holtzendorff, welche beide die Unterschrift ablehnten.

Obwohl fortwährend die Bourgeoisblätter Oesterreichs und die im Solde der österreichischen Regierung stehenden Zeitungen den Aufstand in Dalmatien lächerlich zu machen suchen, so steht es gegenwärtig doch fest, daß die kaiserliche Regierung in Bedingungen willigen wird, auf welche man bei Besiegten nicht einzugehen gewohnt ist. Die Triester Zeitungen schreiben hierüber: „Wohl ist die Zuppa beruht, Dank hauptsächlich den bedeutenden Geldsubventionen, welche man dort den Einwohnern bewilligte; die Crivoscianer dagegen fühlen sich noch durchaus nicht als Besiegte und haben ziemlich weitgehende Bedingungen der Unterwerfung gestellt, welche freilich bis jetzt noch nicht annehmbar befunden wurden. Sie verlangen unter Anderen die Schleifung aller in ihrem Gebiete gelegenen Forts und Blockhäuser, die vollständige Befreiung vom neuerdings geforderten Militärdienst, den Aufbau aller zerstörten Baulichkeiten auf Kosten der Regierung, eine Geldentschädigung an die Familien für jeden einzelnen Verwundeten oder Gefallenen und die dauernde Entfernung des Militärs aus ihrem Gebiete. Sie erklärten bei der letzten Verhandlung, daß, sollten ihnen diese Bedingungen nicht vollständig bewilligt werden, ihre 1500 waffenfähigen Männer nicht eher die Waffen niederzulegen gedenken, bis sie nicht ihren Willen durchgesetzt oder Alle darüber untergegangen sein würden." Und solche Männer, die für solche Freiheitsforderungen zu siegen oder zu sterben erklären; ein Häuflein, 1500 an der Zahl, welches wagt, einer ganzen Armee zu trotzen, nennt ein Literatenthum, welches fortwährend die Worte „Freiheit und Volkswehr" im phrasenreichen Munde führt, in lächerlichem Grolle „nasenabschneidende besiegte Aufrührer", weil wir — und das war doch wohl selbstverständlich — die Partei der für die Volkswehr gegen den Militarismus Aufständischen ergriffen.

Das große Tagesereigniß in Paris ist gegenwärtig die Ermordung Victor Noirs, eines Mitarbeiters an der „Marseillaise" durch den Prinzen Pierre Napoleon. Zuerst hatte sich das Gerücht verbreitet, daß Rochefort selbst im Duell erschossen sei, doch brachten die Zeitungen schon baldigst den richtigen Sachverhalt. Der „Constitutionell" berichtet:

Der Prinz hatte einen Brief an Rochefort geschrieben, in welchem er demselben vorwarf, von einem seiner „Handlanger" in einem Zeitungsartikel beleidigt worden zu sein. Gestern Morgen begaben sich Victor Noir und Ulrich Fonvielle, im Auftrage von Pascal Grousset, dem Unterzeichner des fraglichen Artikels, in die Wohnung des Prinzen, um denselben zur Rechenschaft über diesen Brief zu ziehen. Als dieselben in das Zimmer traten, fragte sie der Prinz, ob sie die „Handlanger" seien, welche Rochefort ihm geschickt habe. Hierauf soll Victor Noir dem Prinzen einen heftigen Schlag in das Gesicht gegeben und Ulrich Fonvielle einen Revolver aus der Tasche gezogen haben. In Folge dieses so heftigen Angriffs hätte der Prinz ein Pistol von der Wand gerissen und auf Victor Noir gefeuert. Von dem Schusse getroffen, versuchte dieser die Treppe zu erreichen und stürzte dort todt nieder. Der Justizminister hat die sofortige Verhaftung des Prinzen angeordnet und soll diese Maßregel vom Kaiser gebilligt worden sein. Die Voruntersuchung hat bereits begonnen.

Zugleich veröffentlichten die Zeitungen ein Kaiserliches Dekret, welches die Anklagekammer des höchsten Gerichtshofes zusammen beruft, um die Anklage wegen Todtschlages gegen den Prinzen zu erheben. Der Prinz hat sich, um der Verhaftung zuvorzukommen, selbst gestellt und befindet sich im Untersuchungsgefängniß. Wie die „Marseillaise" mittheilt, soll der Prinz den ersten Schlag gegen Victor Noir ausgeführt und denselben sofort niedergeschossen haben. Auch auf Fonvielle habe er zwei Schüsse gefeuert, worauf derselbe sich genöthigt gesehen, ebenfalls seinen Revolver hervorzuziehen. Man kann sich natürlich die Aufregung denken, in welcher sich die leichtentzündlichen Pariser befinden, obwohl der Vorgang an und für sich so bedeutungsvoll nicht ist. Nur eines ist dabei zu bemerken, daß die Corumpirung in den höchsten Kreisen hierdurch immer mehr festgestellt wird, diese Corumpirung, welche bekanntlich, wie die Sturmvögel den Orkan verkünden, vorangeht stürmischen ereignißvollen Tagen.

Vereins-Theil.

(Für den Allg. deutschen Arbeiter-Verein.)

Generalversammlung des Allgem. deutsch. Arbeiter-Vereins.

Berlin, 8. Januar.

Dritter Tag.

Präsident Dr. v. Schweitzer eröffnet die Sitzung, in der circa 30 Delegirte und viele Vereinsmitglieder anwesend sind, um 10 Uhr. Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung und Genehmigung desselben, überträgt der Präsident den Vorsitz an Hasenclever.

Richter (Wandsbeck) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß das Bureau der Generalversammlung bis jetzt noch provisorisch zusammengesetzt ist; auf Vorschlag des Dr. v. Schweitzer wird das provisorische Comité definitiv genehmigt.

Es beginnt die Debatte über die Thätigkeit der Vereinsbeamten. Tölcke (Berlin) wünscht, daß über die Thätigkeit aller drei Vereinsbeamten, des Präsidenten, des Sekretärs und des Kassirers, zusammen diskutirt werde, was die Versammlung genehmigt. Hasenclever überträgt infolge dessen den Vorsitz an Peter Schneider (Frankfurt a. M.) und nachdem Winter (Altona) zur Vervollständigung des Bureaus ernannt, wird die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt.

Vor Eintritt in die Debatte gelangt nachstehende, von 13 Delegirten unterzeichnete Erklärung zur Verlesung:

Unterzeichnete erklären, das Festhalten an dem Antrag Pfannkuch ꝛc. als in ihrem und im Sinne der Statuten vollständig gerechtfertigt, sprechen ihr durch dem Präsidium für die diesjährige gute und Kassenverwaltung im Namen ihrer gesammten ihre vollste Anerkennung aus. Richter (Wan Zielowsky (Glauchau), Zwiener (Bielefeld) (Frankfurt a. O.), Wönig (Egeln), Knoll (Hannover), Hartmann (Clausthal), Sau Pfannkuch (Kassel), Plambeck, Dreesbach (Elberfeld), Liebisch (Hamburg), Grüneberg (M Bräuer (Hamburg).

Der erste Redner in der Debatte über Thätigkeit der Vereinsbeamten ist Frick (Ba Er spricht sein Einverständniß mit der Am rung des Präsidenten sowohl, wie des Sek und des Kassirers im Großen und Ganzen wünscht aber, daß nie wieder Vereinigungsver mit anderen Parteien gemacht werden. Der sident müsse sich ganz und voll auf die Mitg verlassen; einzelne Wankelmüthige sollen öffe nannt werden.

Armborst (Stettin) ist von dem guten der Vereinsbeamten vollständig überzeugt, aber, Manches in der Ausführung lasse zu schen übrig. Dahin gehörten hauptsächlich Klagen über das Sekretariat; sei die Kraft Mannes zur Bewältigung der Arbeiten nicht reichend, so müsse die Generalversammlung und Wege finden, die erforderlichen Kräfte schaffen.

Sekretär Tölcke. Habe er früher scho unbesoldeter Agitator seine Schuldigkeit wie ihm Jeder bezeugen werde, so dürfe man auch das Vertrauen schenken, daß er jetzt als deter Beamter nicht lässig sei; befinde sich alles in Ordnung, liefen Klagen von aus über nicht beantwortete Briefe ꝛc. ein, so ent dige sich das einfach mit der überhäuften Th keit. Sein Aufenthalt in Berlin sei durchaus rosiger. Redner giebt einen Rückblick auf Berufung als Vicepräsident nach Berlin und Leitung des Vereins während der Haft Schmeitz Die Geschäfte des Sekretärs seien ganz eine nicht nur die laufenden Geschäfte des Sekreta mußten bewältigt werden, die Agitation in selbst und außerhalb nehmen fast noch mehr in Anspruch, wie jenes, so daß ein Mann im Stande sei, alles das zu besorgen, was wendig ist. Er gehe lieber heute wie morgen seiner Heimath Iserlohn, zu seiner Familie zu die er bei den heutigen Parteikämpfen nicht Berlin übersiedeln lassen könne. Gebe man die nothwendigen Mittel an die Hand, so er auch die Geschäfte zur vollsten Zufrieden erledigen. Betreffs des Kostenpunkts schlage vor, in Zukunft das Sekretariat des Vereins dem des Verbandes zu vereinigen und die werkschaften zu verschmelzen, wodurch nicht nur hebliche Kostenersparniß, sondern auch eine stä Concentration der Verwaltung und die schaffung des Präsidentenkitzels erzielt werde, bisher immer der wunde Fleck der Partei gewesen sei.

Dr. v. Schweitzer: Es sei ganz erklärlich, Jemand mit einer starken Familie nicht nach ei andern Wohnort übersiedele, wenn seine Ex

---

Der Geldteufel.

Novelle von Hendrik Conscience.

(Fortsetzung.)

II.

Die Wohnung des alten Herrn Robyn lag in einem abgelegenen Stadtviertel und war von sehr bescheidenem Aussehen. Ihr diente ein schwarzes Thor als Eingang, und nach der Straße heraus hatte sie nur vier Fenster, welche zu größerer Sicherheit durch eiserne Stäbe geschützt waren.

Hinter dem Thore, in einer Entfernung von zehn Schritten, in einem Gange, welcher sich bis in die Tiefe des Gebäudes erstreckte, waren zur rechten Seite verschiedene Thüren, welche in die Sprechzimmer führten, in denen man die Leute, die den Herrn Robyn um Etwas zu ersuchen hatten, warten ließ. Die alte Magd, die gewöhnlich das Thor öffnete, wenn es geläutet hatte, kannte den Befehl ihres Herrn und war darauf abgerichtet, nie zwei Besucher in dasselbe Zimmer zu führen, ja zu verhindern, daß jemals einer von ihnen wissen konnte, wer zu derselben Stunde mit ihm im Hause des Herrn Robyn sich befände.

Zur linken Seite, mehr nach der Straße hin, war nur eine Thür, durch welche man in das Bureau eintrat.

Dieses letzte Zimmer war ziemlich geräumig und hoch. Seine beiden Fenster waren mit grünen Blenden versehen, damit niemals ein unberufener Blick von Außen hineindränge. Da die niedrigen Fenster wenig Licht durchließen, herrschte in dem Bureau des Herrn Robyn eine halbe Finsterniß, welche Kälte verursachte und das Herz traurig stimmte. Außer einem schwarzen Pulte, drei Stühlen, einem Lehnstuhl und einem Gestelle mit geschlossenen Schubladen, bestimmt, Papiere darin aufzubewahren, befand sich nichts Anderes in diesem Zimmer, als eine hohe Kiste, die, ganz mit eisernen Bändern umschmiedet, sichtlich mit dicken Bolzen an dem Fuß befestigt und mit vielen und sonderbaren Schlössern versehen war . . . . .

An demselben Morgen, als Berthold im Hause von Laura's Vater die Kunst vielleicht mehr mit gutem Willen als Glück vertheidigte, saß Monck, der Schreiber des Herrn Robyn, in dem Bureau vor dem Pulte. Er ruhte mit dem Haupt auf beiden Händen und blieb lange Zeit ohne sich zu regen. Wer ihn in diesem Zustande überrascht hätte, würde bei der Todtenstille, welche in dem ganzen Gebäude herrschte, ohne Zweifel gedacht haben, daß Monck aus Mangel an Beschäftigung oder aus Langeweile in einen tiefen Schlaf gefallen sei. Hätte er jedoch gesehen, wie das Auge des Schreibers harrte und zuweilen Strahlen der Freude in den Raum warf, so hätte ihn geschaudert bei dem Glanze dieses schiefen Schlangenblicks.

Monck ließ seine Arme endlich auf das Pult fallen, und während ein hämisches Lächeln sein Gesicht verzerrte, murmelte er in sich:

„Sollte Herr Kemenaer Etwas vermuthen? Er stellt mir so seltsame Fragen; er schmeichelt mir und ist herzlich gegen mich und spricht halbverständliche Worte, um zu erfahren, ob ich auch bekannt sei mit einer gewissen geheimen Angelegenheit, die er mit dem alten Robyn abgemacht habe. Wüßte er, daß ich aus den Papieren, die Herr Robyn mir zu verbrennen gab, eins zurückbehalten habe, welches Säcke Geldes werth ist. Ha! ha! Herr Kemenaer, Ihr seid nicht schlau genug, um einen Fuchs wie den Monck zu überlisten. Dieses Stück Papier kann mir eine Leibrente werden, wenn die Noth mich zwingt, nach außergewöhnlichen Mitteln mich umzusehen. Man weiß nicht, was noch geschehen kann. Wohl versichert mich Herr Robyn täglich, daß er mir eine ansehnliche Erbschaft hinterlassen werde, aber er meint, daß er bis in Ewigkeit lebe, und setzt das Testament immer wieder aus. Der Geizhals! Er erschrickt vor einem Testament, als wäre es eine vorzeitige Verzichtleistung auf Haus und Hof. Wenn das Brustwasser ihn überraschte, ich würde Nichts haben, Berthold würde Alles bekommen. Wir wollen sehen . . . . . Aber sollte das Unglück mich treffen und ich müßte dieses Haus verlassen, dann würde Herr Kemenaer sich des armen Monck wohl annehmen und für ihn sorgen. Das kostbare Stück, welches seine Handschrift trägt, ist ein mächtiger Empfehlungsbrief bei ihm. Er ist reich und wird mir wohl einige Tausende opfern, um seine Ehre — vielleicht seine Freiheit — nicht in Gefahr zu bringen . . . . ."

Die Hausklingel erscholl durch den Gang und zog merkwürdigerweise die Aufmerksamkeit des Schreibers auf sich. Er ging selbst nach der Thür, als wenn er Jemand erwartete, aber doch sagten seine Gesichtszüge, daß er sich ärgerlich betrogen fand, als die alte Magd in das Bureau trat und ihm mit stillen und geheimnißvollen Worten sagte:

„Es ist der Unternehmer, der gestern hierher kam; ich habe ihn in das grüne Zimmer geführt."

„Dort warte er, bis Herr Robyn herabkommt," murmelte der Schreiber.

„Es ist auch eine Frau da, sie sitzt schon seit einer halben Stunde in der runden Kammer. Sie sieht aber nur ganz gewöhnlich aus. Die Thränen laufen ihr von den Wangen. Es wird nicht viel sein."

„Ich kenne sie. Sie steckt in schlechten Kleidern . . . Margret, Ihr wißt, was ich Euch gesagt habe, nicht wahr? Wenn der Arbeiter kommt, der vorgestern an dem Thore mit mir gesprochen hat, dann führt ihn nur sofort ins Bureau. Wie geht's da oben?"

„Nur schlecht, nur schlecht! Er hat die ganze Nacht dagelegen und gehustet und gestöhnt, als ob er sich bereit machte, nach der andern Welt auszuwandern. Ich habe ihm gestern Abend und diesen Morgen wohl zwanzig Mal und auf alle mögliche Weise zugeredet, das Testament zu machen. „Das hat noch keine Eile," sagte er. Mir verspricht er eine sehr ansehnliche Erbschaft und ich bin versichert, daß, wenn der Tod den alten Geizhals nicht überrascht, ich reich sein werde; darum spreche ich ihm niemals von mir, sondern immer von Euch."

„Gut, Margret," seufzte Monck, „dann ist es nur ein gegenseitiger Freundschaftsdienst; ich thue dasselbe zu Eurem Vortheil."

„Es ist zu unserm gemeinsamen Vortheil; Ihr lobt mich, ich preise Euch himmelhoch und rühme Eure Aufopferung und Eure Anhänglichkeit. So wird der Geizhals uns Beiden viel mehr geben, als er sonst thun würde. Ist es nicht gleichgültig, wer von uns am meisten bekommt, da wir doch unsere beiden Erbschaften zusammenbringen werden?"

„In der That, Margret."

„Und wenn er todt ist, dann werden wir uns ein gutes Leben verschaffen. Lange dürfen wir nicht mit dem Heirathen warten; wir sind ja nicht verwandt mit dem Geizhalse."

„Das ist wahr."

„Wir sind Beide nicht mehr jung," sagte Margret sich lachend die Hände reibend. „Schön sind wir auch nicht; aber wenn wir nur das Geldchen haben, dann werden wir einmal zeigen, ob dies nicht hinreicht, in Freundschaft zu leben und glücklich zu sein. Was sagt Ihr dazu, Monckchen lieb?"

„Ich meine es eben so, das wißt Ihr wohl, antwortete der Schreiber in Gedanken abschweifend.

„Ich werde wieder hinaufgehen und ihm noch einmal von dem Testament und Euren Diensten sprechen und wenn er herabkommt, so versucht einen tüchtigen Angriff, Monck; denn seid versichert, der Geizhals könnte vielleicht Etwas weghaben und uns entwischen. Himmel, denkt einmal, dann würde Berthold, dieser Laffe, dieser Wortemacher, Alles bekommen."

Monck zuckte die Achseln.

„Aber wenn es einmal geschehen sollte," sagte Margret, „wenn man dem Narrkopf einmal in seinem Bett todt fände, was dann?"

„Dann Nichts."

„Nichts? Ich an Eurer Stelle —"

„Was würdet Ihr thun?"

„Wenn ich die Schrift Robyns so genau nachahmen könnte, wie Ihr, und der Alte unversehens stürbe, ich schriebe selbst ein Testament."

Zitternd vor Ueberraschung und vielleicht auch vor Angst, antwortete Monck:

„Wahnsinnige! Ihr möchtet wohl sehen, daß man mich auf das Schaffot bringt . . . . Nein, nein, laßt mich gewähren, es ist noch keine Gefahr. Diesen Morgen wird es wahrscheinlich nach Wunsch gehen. Berthold hat eine Grube vor seinen eigenen Füßen gegraben, und ich werde ihn heute noch hineinstürzen."

„Ja? Was hat er denn gethan?"

„Es klingelt!" rief Monck mit unterdrückter Stimme. „Geht, Margret, und ist es der Arbeiter, so führet ihn ins Bureau; aber laßt mich mit ihm allein; Eure Gegenwart möchte unserm Plane hinderlich sein."

Er sah der Magd noch nach, bis sie verschwunden war, dann murmelte er:

„Heirathen! heirathen! Wenn Euer Erbtheil ansehnlich wäre, vielleicht wohl. Für das Geld, ja. Mit fünfzigtausend Francs würde ich wohl heirathen. Narrin! . . . . Ha! es ist der Druckergehülfe, ich kenne seine Stimme."

Ein Mann trat auf den Zehen ein und mit Bedenkenheit wie ein Dieb um sich blickend, zog er unter seinem Kittel ein Buch hervor, welches er dem Schreiber überreichte.

Dieser nahm es, griff nach einigen Geldstücken in seiner Tasche und gab sie dem Druckergehülfen.

„Das ist der versprochene Lohn," sagte er.

Aber jener hielt, nachdem er das Geld besehen hatte, die Hand noch auf.

„Was wollt Ihr mehr?" fragte Monck wie verwundert.

„Es sind fünf Francs zu wenig", antwortete der Andere.

„Keineswegs. Ich glaube sogar, daß ich Euch zu viel gab."

„Aber, Herr, wie können Sie das sagen? Sie wissen das ja wohl. Wie wollen Sie doch einen armen Teufel betrügen, der sich in eine große Gefahr begiebt, um Ihnen einen Dienst zu erweisen?"

„Nun, wollt Ihr das Geld nicht, so nehmt Euer Buch zurück und geht hin."

„Weil Sie wissen, daß ich mit dem Buche nichts Anderes anfangen kann. Das ist nicht recht von Ihnen, Herr. Bedenken Sie einmal, es waren nur vier Blätter geheftet, weil Ihr junger Herr nicht mehr verlangte. Ich habe die Blätter eins nach dem andern heimlich weggenommen und das Buch selbst geheftet und geleimt. Wenn man dies erführe, so würde ich gewiß mit Schimpf und Schande weggejagt."

„Habt Ihr die versprochene Belohnung nicht?"

„Nein — aber kann es nicht anders sein, so geben Sie mir dann noch ein kleines Trinkgeld, wenn es Ihnen beliebt."

„Nun zieht ab, da ist ein Trinkgeld," sagte Monck mit barschem Tone zu ihm, indem er ihm noch einige Kupfermünzen in die Hand legte und selbst die Thür vor ihm öffnete.

Monck kehrte zurück in das Bureau und betrachtete das Buch von allen Seiten mit triumphirender Miene, dann ging er an das Pult und fing an, Bertholds Gedichte zu durchblättern. Unterdessen sprach er in heiterem Tone:

„Er hat es heimlich drucken lassen, weil er hoffte, daß sein Oheim ihm diese Unfolgsamkeit als eine einmal geschehene Sache verzeihen werde. Er glaubt, der eitelkeitsvolle Narr, daß Niemand Etwas davon wisse. Wenn ich, der ich sein Feind bin, ihn nicht bewachte! Wenn man mit Geld nicht alle Geheimnisse durchdringen könnte. Nun werde ich es sein, der seinem Oheim das Buch anbieten wird, und Gott weiß, ob der Aerger des Herrn Robyn mir nicht einmal Tausende einbringen wird. In der That, die Absicht, seinen natürlichen Erben Berthold möglichst zu begünstigen, ist der Grund, weshalb Robyn das Testamentmachen immer verschiebt. Berthold ist der Sohn seines Bruders, Margret und

nicht gesichert sei. In der diesmaligen Generalversammlung seien übrigens zwei Punkte, die zu vielfachen Angriffen Veranlassung gaben, allgemeinen Zufriedenheit geregelt werden, die Sekretkollführung und das Kassenwesen; nothwendig seien daher Ruhe und Ordnung in den Verein zusammen. Nach seiner Ansicht sei Niemand in der jetzigen Partei so sehr zur Ausfüllung des Sekretärpostens geeignet, wie Tölcke, dem jedoch die nöthigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden müßten, um volle Ordnung zu halten. Auch aus einem andern Grunde wünschte er die weitere Amtsführung Tölcke's: Berlin sei wichtig für die Sache, hier müsse mithin ein tüchtiger Bevollmächtigter fungiren, und in dieser Beziehung habe sich Tölcke sehr gut bewährt.

Der Pink (Frankfurt a. O.) ist der Ansicht, daß die Beschuldigungen betreffs der Amtsführung des Präsidenten zumeist aus der Unklarheit entspringe, daß das Reglement für die Geschäftsführung eigentlich gar keine Kraft sei; das müsse erst festgestellt werden.

Kühlkert (Berlin) spricht für die Bewilligung der zu reichender Mittel für das Sekretariat, da die Vorschläge Tölcke's den Arbeitern manchen Groschen ersparen würden.

Liebisch (Hamburg): Letzthin habe der Präsident uns gesagt, der Sekretär habe nicht zu viel zu thun; heute sei man eines Besseren belehrt worden. Koste das Sekretariat jetzt schon monatlich 60 Thlr., so könne es auch 70 Thlr. kosten, wenn man dafür dann 3 oder 4 Leute anstellen könne. Er habe dem Präsidenten und dem Sekretär als wissentlich nie Unrecht gethan, stets habe er sich jedoch verpflichtet gefühlt, existirende Schäden aufzudecken und ihnen entgegentreten.

Dr. v. Schweitzer entgegnet darauf, er habe nie gesagt, die frühere Unordnung im Sekretariate sei ihm zuzuschreiben, jetzt sei hoffentlich Ordnung; die Arbeitskraft Tölcke's müsse jetzt ausreichen, wenn Verein und Verband stärker centralisirt werden sollte, dann müsse dem Sekretär allerdings Hülfe werden.

Sekretär Tölcke: Die Ansicht, er habe von seinem Amtsantritt an die Geschäfte ganz bewältigen können, treffe nicht zu, es sei eben zu viel gewesen; er wiederhole nochmals, wenn er einen Mann finde, der das Sekretariat besser und billiger wie er verwalte, trete er zurück.

Präsident v. Schweitzer beklagt, daß auch noch die vielen kleinen Verwaltungssachen, die eigentlich gar nichts angehen sollten, seiner eigentlichen Thätigkeit fast ganz entzogen werde; in den Fall müsse Abhülfe geschafft werden.

Lembort (Stettin) beantragt: „in Anbetracht der ausgedehnten Geschäfte des Sekretariats dem Sekretär einen besoldeten Hülfsarbeiter zu bewilligen".

Grüneberg (München) findet den Grund der Anschuldigungen in der Gutmüthigkeit des Präsidenten, dem er größere Energie anempfiehlt.

Schröder (Kiel) erbittet sich von dem Kassirer Auskunft über die in der „Freien Zeitung" veröffentlichte Behauptung Röthing's in Leipzig, daß Wende bei der Wiedervereinigung beider Vereine der Hauptkasse 1000 Thlr. geschenkt habe.

Der Vereinskassirer Hasenclever erwidert, er wisse nichts davon; wäre es der Fall, so würde Wende wohl nicht mit der Veröffentlichung der Quittung warten.

Auf Antrag Zwiener's (Bielefeldt) wird die Rednerliste geschlossen.

Präsident v. Schweitzer spricht den Wunsch aus, die Debatte durch die Annahme einer Erklärung abzuschließen, aus welcher die Ansicht der Versammlung über die Geschäftsleitung der Vereinsbeamten hervorgeht.

Klein (Elberfeld) bespricht das Verfahren des Präsidenten bei der Ernennung Tölcke's zum Vicepräsidenten während seiner Haft, und meint, daß dies insofern nicht streng statutgemäß gewesen, als der Vorstand zwar noch nicht faktisch gewählt, die Personen aber schon bestimmt bezeichnet gewesen seien, aus deren Reihen somit der Vicepräsident zu ernennen war.

Richter (Wandsbeck) meint, sich im Allgemeinen mit den Geschäftsprincipien des Präsidenten nicht einverstanden erklären zu können. Für Vieles würden Gelder bewilligt, für das Nothwendigste, die Instandhaltung des Sekretariats, aber nicht. Nach dem Statut müsse der Präsident von der Generalversammlung gewählt werden, und wenn sich trotzdem der Präsident auf das souveräne Volk berufe und über die Köpfe der „Spitzen der Intelligenz" hinweg an dieses Volk appellire, so sei das Cäsarismus. Der Austritt intelligenter Mitglieder im vorigen Sommer sei ein großer Verlust für den Verein.

Der Präsident Dr. v. Schweitzer: Bezüglich der inneren Wirren des Vereins sei es gut, daß sich durch den Austritt der sog. „Ehrlichen" die Parteiverhältnisse endlich einmal geklärt hätten. Man solle doch nur nicht glauben, daß die socialdemokratische Partei von einzelnen Personen abhängig sei; sie werden von bestimmten ökonomischen Gesetzen herangebildet. Jeder Sieg des Capitals in der modernen Volkswirthschaft erweitere die Kluft zwischen Capital und Arbeit, und wenn gar keine Agitation da wäre, so würde sich diese Scheidung doch ganz von selbst vollziehen. Im Laufe der Natur liege es, daß Leute von Talent sich dieser Frage annehmen, d. h. sie den Verlauf derselben zu beschleunigen suchen; aber dazu gehören nicht social-demokratische Parteien, sondern social-demokratische Organisationen. Die Organisation Lassalle's sei die beste; wolle man dieselbe aufheben, so könne man die sociale Bewegung wohl hindern und zurückdämmen, aber aus der Welt schaffen könne man sie nicht. Diese Organisation sei freilich sehr schwer angefeindet, weil sie eben der herrschenden Bourgeoisie schroff entgegentritt, deren Geist überall einzudringen sucht, so lange Redner jedoch das Heft in Händen habe, würde er nicht leiden, daß an der Lassalle'schen Organisation gerüttelt werde. Wenn die Zeit der Präsidentenwahl ankomme, dann mögen die, welche sich die „Intelligenzen" zu nennen belieben, auch Herr Richter herumreisen und gegen den bisherigen Präsidenten agitiren; der „Social-Demokrat" werde sie darin nicht einmal durch eine Vorschlagsliste behindern; der dann Erwählte sei aber der Mandatar des souveränen Volks, und könne darauf stolz sein.

Zielowsky (Glauchau) macht dem Sekretariat zum Vorwurf, daß seine Briefe während seiner letzten Agitationsreise unbeantwortet geblieben seien.

Sekretär Tölcke erklärt, die verzögerte Beantwortung der Zielowsky'schen Briefe sei Folge seiner Reise nach Eisenach und Westphalen gewesen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Im Laufe der Debatte sind vier Anträge eingelaufen, welche fast gleichlautend die Zufriedenheit der Generalversammlung mit der Amtsführung der Beamten aussprechen; sie stammen von Kuhl, Leyer, Klein, Richter, Lichters, Frick und Mann her. Ein fünfter Antrag von Winter (Altona) spricht nur das Einverständniß mit der Amtsführung des Präsidenten und des Kassirers aus. Auf Wunsch des Präsidenten werden die ersten vier Anträge zurückgezogen, der Antrag Winter (Altona) abgelehnt und statt dessen die Erklärung angenommen: „Die Versammlung spricht ihre volle Billigung der Gesammtthätigkeit der Vereinsbeamten aus."

Präsident Dr. v. Schweitzer übernimmt nunmehr wieder den Vorsitz und eröffnet die Debatte über den in München erscheinenden „Proletarier".

Grüneberg (München) wünscht Namens der bayerischen Mitglieder einen bestimmten Ausspruch über die Haltung und Fortexistenz des Blattes; die Versammlung gebt jedoch nach kurzer Debatte, an welcher sich Richter (Wandsbeck), Pfannkuch (Cassel), Hasenclever (Halver), Bräuer (Hamburg), Armborst (Stettin), Schneider (Frankfurt a. M.), Wolff (Hamburg), Haustein (Offenbach), Kosch und Leib (Bremen) betheiligen, zur Tagesordnung über mit der Erwägung: „daß es Pflicht jeden Arbeiters sei, jede Decentralisation zu vermeiden und jedem partikularistischen Treiben innerhalb der Partei entgegenzutreten."

Da der Redakteur des „Social-Demokrat" durch Redaktionsgeschäfte verhindert ist, anwesend zu sein, wird zur Berathung der einzelnen Anträge übergegangen. Zunächst erfolgt die Diskussion über den Antrag der Hamburger Mitglieder, welcher lautet:

Der Vereinspräsident möge die Mitglieder unseres Vereins, welche zugleich Mitglieder des Allgemeinen deutschen Taback- und Cigarrenarbeitervereins sind, und somit unter Leitung des Herrn Fritzsche stehen, bis zur Generalversammlung ihrer Rechte und Pflichte entheben; und stellen ferner an die G.-V. den Antrag:

In Erwägung, daß Niemand Mitglied des Allgem. deutsch. Arb.-Vereins sein, und zugleich die sogenannten „Ehrlichen" zur Gegenagitation unterstützen kann, die Betreffenden vom Verein auszuschließen.

Liebisch (Hamburg) befürwortet diesen Antrag, der Verein müsse rein erhalten werden von unsicheren Elementen, die nicht Social-Demokraten im wahren Sinne des Wortes seien. Man sei das auch schon dem Umstand schuldig, daß ihnen nicht Gelegenheit gegeben werde, junge Mitglieder dem Verein abwendig zu machen.

Bräuer (Hamburg) wiederspricht dieser Ansicht. Die Mitglieder, um die es sich handle, seien Mitglieder des Allgem. deutsch. Arb.-Vereins und gehörten nur zur Fritzsche'schen Gewerkschaft, weil sie glaubten, diese besitze Kapital und sichere ihnen ihre Reiseunterstützung. Sie seien keine „Ehrlichen", und man könne nicht für den Ausschluß dieser Mitglieder stimmen.

Richter (Wandsbeck). Er hätte gewünscht, daß die Hamburger Mitglieder bevor sie den Antrag gestellt, eines besseren belehrt worden wären. Durch diesen Antrag würde man seine besten Freunde, die sich noch im gegnerischen Lager der Gewerkschaften befinden vor den Kopf stoßen.

Der Präsident läßt zunächst einen Protest des Cigarrenarbeiter Dedelo verlesen, welcher gegen den vom Präsidenten verfügten vorläufigen Ausschluß dieser Mitglieder protestirt. Der Präsident fragt dann, ob der hier vorliegende Antrag von allen Mitgliedern in Hamburg oder nur von der Majorität der Mitglieder gestellt gewesen sei.

Bräuer (Hamburg) constatirt, daß nur die Majorität diesen Beschluß gefaßt habe.

Der Präsident erklärt, dann sei er durch die Zuschrift aus Hamburg in einen Irrthum versetzt worden.

Winter (Altona) Ist von diesem Antag überrascht worden und bittet, ihn abzulehnen.

Leib (Bremen) Bedauert die Verfügung des Präsidenten, welcher der Hamburger Mitgliedschaft zu Liebe ihr Verlangen angenommen habe.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Der Präsident bedauert, daß er durch den Uebersender des Antrags durch die ungenaue Ueberschrift in den Irrthum versetzt worden sei, als seien die Hamburger Mitglieder alle dafür, er hebt seine vorläufige Verfügung des Ausschusses der betreffenden Hamburger Mitglieder alsdann auf, indem er es der Versammlung überläßt, zu billigen oder zu mißbilligen.

Richter (Wandsbeck) und Klein (Elberfeld) verlangen das Aussprechen dieser Mißbilligung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag aus Hamburg mit allen gegen die Stimme von Liebisch (Hamburg) abgelehnt, der Richter'sche Antrag: „eine Mißbilligung der Verfügung des Präsidenten auszusprechen", wird dagegen abgelehnt, und zwar bei Namensaufruf mit 24 gegen 12 Stimmen von 38 anwesenden Delegirten. 2 Delegirte enthielten sich der Abstimmung.

Die Versammlung beschließt, die Sitzung nunmehr wegen der am Abend stattfindenden Festlichkeit zu schließen, am nächsten Tage die angesetzte öffentliche Sitzung abzuhalten und am Montag in der Debatte fortzufahren. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.

Berlin, 9. Januar.

Vierter Tag.

Die heutige öffentliche Sitzung, der sämmtliche 39 Delegirte des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, viele Delegirte des Allg. deutsch. Arbeiterschafts-Verbandes und circa 2000 Berliner Mitglieder beiwohnten, eröffnete der Präsident Dr. von Schweitzer um 10 Uhr 10 Minuten mit der Hinweisung darauf, daß die Sitzung, obgleich

---

sind ihm Fremde. Ha! es besteht ein Kampf mir und Berthold, ein heißer, unversöhnlicher, tödtlicher Kampf. Er weiß es nicht, er vermuthet in seiner blinden Sorglosigkeit. Desto besser, besser. Ein Feind welcher schläft, ist leichter zu tigen. Könnte ich nur Etwas in diesem Buche daß wir eine willkommene Waffe sein könnte. sind alles zusammen Kinderstückchen, keine bedeutenden Worte und Gedanken. Jünglingstraum — bet — An die Nachtigall — An dem Grabe indes — Trostlosigkeit!....."

die Ueberschriften der Gedichte mit halber Stimme fuhr Monck hastig fort, das Buch zu durchblätt. Diese Nachforschung hatte wahrscheinlich für ihn n erwünschten Erfolg, denn allmählich war der der Freude von seinem Gesichte geschwunden, esmal, wenn ein neuer Titel an seinem Auge ging, machte er eine Bewegung von unverdrießgeduld.

lich aber sprang er auf und fing an zu zittern, er auf das Blatt des Buches starrte, als könne glauben was er sah.

Der Wucherer!" murmelte er, „der Wucherer! guter Engel hatte ihm diesen Titel eingegeben! allein hindeichend, Herrn Robyn vor Wuth einen nfall herbeizuführen!"

leich Gesicht das Zeichen trägt von sünd'ger Höl- Vergebens suchet er sein Glück im Schooße racht!

. . . . . .

t Ueberdruß auf ihm den ganzen langen Tag; ild' er in den Lehnstuhl sinkt am Abend, ruft

Ha! es kann nicht besser geschehen .... aber n Sinnen, oder unbegreiflich dumm, dieser ein- Berthold. Er schildert das Bild seines Oheims Leben; ja, er vergißt selbst seinen Lehnstuhl Sollte er es wohl mit Absicht gethan haben? h! Er ist doch bis zu seinem zwanzigsten Jahre Hochschule geblieben, und während er sich an bischen und unbesonnenen Bildern weidet, hat auch wol ein Wenig auf meinen Rath — vor orgen gehalten, welchen Handel wir hier trieben. e es wol leicht bemerken können; aber er wohnt ust .... Es ist also ein Anhaltspunkt! Er hat Büchern gelesen, daß Wucherer Menschen sind, ewissensbisse haben und bei ihrem Gelde verach Glück und Frieden ringen. Thörichter — ch für verständiger, als alle Andern; er blickt chtung auf den armen Schreiber herab — und bricht genug, sich selbst die Schlinge um den legen, ohne es zu wissen. Glücklicher Gedanke! onck, lieber Junge, dein Feind ist in eine Falle laß ihn nicht entwischen .... da höre ich den hyn die Treppe herabkommen. Laß uns das im halten, bis unsere Geschäfte abgethan sind. möchte uns sonst leicht verdorben werden. ...."

g eilig an das Pult, setzte sich nieder und heuchelte den unschuldigsten Ausdruck von Gemüthsruhe, indem er die Feder in die Hand nahm und that, als ob er schriebe. Eine Seitenthür wurde geöffnet. Herr Robyn, von der alten Margret am Arm geführt trat ein und ließ sich vorsichtig in den breiten Lehnstuhl sinken, der sich neben der eisernen Geldkiste befand. Herr Robyn schien ein abgelebter Greis zu sein, obgleich er wahrscheinlich das sechzigste Jahr noch nicht erreicht hatte. Aber schon lange nagte eine langsame Krankheit an seinem Leben; die blaue Farbe seiner Lippen und die eigenthümlich gelbe Farbe seiner Wangen bewiesen deutlich genug, daß er an einer Herzkrankheit litt, und vielleicht als eine Folge davon, an der Brustwassersucht. Zudem waren seine Beine und Füße so geschwollen, daß er sie nicht mehr ohne Hilfe fortschleppen konnte. Das ganze Erscheinen des Meister Robyns — sein Antlitz, seine Haltung und die Abspannung seiner Glieder — deuteten auf eine tiefe Erschöpfung seiner Kräfte hin, nur seine Augen schienen noch viel Leben behalten zu haben, und bemerkenswerth war die Schnelligkeit des forschenden und mißtrauischen Blickes, den er bei seinem Erscheinen im Bureau auf Alles warf.

Der Schreiber hatte seinen Herrn gegrüßt, ohne vom Pult aufzustehen, scheinbar, um seine Arbeit nicht zu unterbrechen.

Eine Weile blieb Alles still; dann bedeutete Robyn seiner Magd, das Zimmer zu verlassen, und sprach mit noch fester, aber nach und nach immer mehr abnehmender Stimme:

„Monck, kommt her! ..... haben sich die Mittheilungen, die ihr über den Unternehmer empfangen habt, fortwährend bestätigt? Denn wir müssen auf unserer Hut sein. Er konnte wohl schon bei Anderen Geld aufgenommen haben, und man würde dann zur Zeit der Zahlung den Vorrang vor uns haben."

„Es sind keine Gründe vorhanden, furchtsam zu sein," antwortete der Schreiber. „Der Unternehmer ist von einem Unfall getroffen worden; aber bis heute hat er seine Unternehmungen mit Ehren ausgeführt."

„Ihr glaubt also, daß wir mit ihm Geschäfte machen dürfen?"

„Ja, so wie wir es gestern verabredet haben."

„Nun denn, hier sind die Schlüssel. Oeffnet die Kasse und führt den Unternehmer herein."

Bei diesen Worten nahm Robyn einige Schlüssel von dem eisernen Ringe, der an seiner Seite hing und reichte sie dem Schreiber.

Während dieser die Schlösser öffnete und die eisernen Bänder durch verborgene Sprungfedern löste, folgte Robyn allen Bewegungen seiner Hand und hielt das Auge auf die Kasse gerichtet, als befürchte er, daß sein treuer Monck ihn selbst bestehlen würde.

In der Kasse waren von innen verschiedene Fächer, die wieder durch einen besonderen Riegel verschlossen waren. Robyn hatte nur den Schlüssel von einem dieser Fächer seinem Schreiber gegeben — wahrscheinlich befanden sich darin für die Geschäfte dieses Tages hinreichende Gelder.

Sobald Monck den ersten Befehl seines Herrn vollführt hatte, verließ er das Bureau und kehrte einen Augenblick darnach mit einer wohlgekleideten Person zurück, welcher er einen Stuhl anbot. Dann setzte er sich vor das Pult im Rücken des Unternehmers und konnte so immer das Gesicht und vor Allem die Augen seines Herrn beobachten.

„Ihr Name ist Herr Guido?" fragte Robyn. „Sie wünschen mich zu sprechen?"

„Ich befinde mich in gedrückten Verhältnissen," antwortete der Andere, „und bin gekommen, Sie zu ersuchen, die Güte haben zu wollen, mir für die Zeit von sechs Monaten eine Summe Geldes zu leihen. Ich bin bereit, gute Zinsen zu zahlen."

„Die Zeiten sind schlecht, das Geld ist so rar," seufzte Herr Robyn, den Blick zum Himmel gerichtet. „Wie stehen Ihre Sachen?"

„Schlimm genug für den Augenblick. Ich habe für die Regierung bedeutende Bauwerke übernommen, die einigermaßen meine Kräfte übersteigen; es ist ein Unternehmen von vierhunderttausend Francs. Alles ging mir lange Zeit gut, aber vor vierzehn Tagen ist unvermuthet ein Theil der unternommenen Bauten gesunken. Es ist wohl ein großer Verlust, doch wird das Unternehmen noch einen ansehnlichen Gewinn übrig lassen. Dieser Unfall hat viel von sich reden gemacht, ja man hat davon gesprochen, als müßte ich darunter erliegen. Darauf haben die Lieferanten mich bestürmt, mein Credit ist in Gefahr gebracht, ich muß mit baarem Gelde in der Hand dastehen, wenn ich Baumaterial kaufen will. Man hat mir eine Zeit für die Vollendung der Bauten festgestellt und eine schwere Geldbuße für jeden Tag der Verzögerung auferlegt. Ich würde mit einer sehr großen Anzahl Arbeiter ans Werk gehen müssen, um den Zeitverlust wieder einzuholen; aber da die Regierung mich nicht bezahlen wird, bevor der eingesunkene Bau von Neuem aufgeführt ist, so fehlt mir das nöthige Geld . . . Sie würden mich unendlich verpflichten, Herr; es ist für mich eine Sache, bei der ich, trotz des vorgefallenen Unglücks, dreißigtausend Francs gewinnen kann, oder ich muß die Unternehmung aufgeben und ganz zu Grunde gehen."

„Wie hoch werden sich die Kosten der Arbeiten, welche noch auszuführen sind, belaufen?" fragte Robyn.

„Ich schätze sie höchstens auf hunderttausend Francs."

„Wie viel müssen Sie noch von der Regierung erhalten?"

„Noch hundertfünfzigtausend Francs."

„Und wie viel haben Sie jetzt nöthig?"

„Mit fünfundzwanzigtausend Francs baaren Geldes würde ich mein Unternehmen ziemlich zu Ende bringen."

„Fünfundzwanzigtausend Francs? Das ist entsetzlich viel!"

„Ich werde sehr gute Zinsen zahlen."

„Aber ich leihe nicht auf Zinsen."

„Sie leihen nicht auf Zinsen?" fragte der Unternehmer mit Verwunderung. „Man hat mir doch gesagt .... Sie können mir also nicht helfen?"

„Ja wohl; ich will mich mit Ihnen associiren."

„Wie verstehen Sie das, Herr?"

„Das ist ganz einfach. Sie müssen noch für hunderttausend Francs Arbeit ausführen. Nach Ihrer eigenen Aussage wird Ihnen die ganze Unternehmung, wenn Sie das nöthige Geld finden, ungefähr dreißigtausend Francs reinen Gewinn bringen. Nehmen Sie achtundzwanzig an, das ist für die Arbeiten, die noch zu vollenden sind, siebentausend Francs. Nun denn, ich will Ihnen die verlangte Summe auf sechs Monate leihen, mich mit Ihnen associiren und mit Ihnen diesen letzten Gewinn theilen."

„Aber, Herr, Sie irren sich gewiß," rief der Unternehmer. Sie würden von Ihrem Gelde einen Zinsenbetrag von mehr als fünfundzwanzig Procent erhalten."

„Ich leihe nicht auf Zinsen," wiederholte Robyn mit eiskalter Ruhe.

„Aber würden Sie denn ebenfalls die Gefahren theilen, die noch im Verlaufe der Arbeit entstehen können?"

„Es sind keine Gefahren mehr," sagte er. „Der Gewinn ist ja sicher."

„Was verlangen Sie denn von mir? Ich begreife Sie nicht."

„Sie werden mir Wechsel zeichnen auf verschiedene Verfalltage für die Gesammtsumme von achtundzwanzigtausend, fünfhundert und —"

„Und Sie geben mir nur fünfundzwanzigtausend Francs?"

„Wie Sie sagen."

Der Unternehmer biß vor Entrüstung auf die Lippen und bewegte ungeduldig die Füße. Robyn sah ihn mit einem kalten Blick in die Augen, Monck beobachtete ihn von hinten. Keiner von Beiden sprach eine Zeitlang ein Wort. Endlich, als das Gesicht des Unternehmers von Traurigkeit und Verzweiflung zeugte, sagte Robyn:

„Sie müssen es wissen, Herr Guido, können Sie irgendwo die gewünschte Hülfe unter besseren Bedingungen erhalten, so gehen Sie, sich diese zu verschaffen. Ich würde es viel lieber haben; denn wenn ich kein Mitleid hätte mit einem ehrlichen Manne, so würde ich mein Geld so leicht nicht aus den Händen gehen lassen. Erwägen Sie, daß die dreitausendfünfhundert Francs, die ich durch meine Association mit Ihnen bekomme, im Vergleich mit demjenigen, was sie Ihnen nützen sollen, Nichts sind, und zudem — was auch wohl seinen Werth für Sie haben muß — ich will Ihnen das Geld einhändigen, bevor Sie mein Haus verlassen, sogleich stehenden Fußes."

Noch saß der Unternehmer sprachlos und nachsinnend da und schien in trübe Gedanken versunken zu sein.

„Nun," sprach der alte Robyn hustend, „meine Zeit ist kostbar. Ja oder nein, Sie sind ganz frei in ihrem Entschlusse. Sie werden mir selbst einen Gefallen erzeigen, wenn Sie nicht länger darauf bestehen und hingehen, sowie Sie gekommen sind."

(Fortsetzung folgt.)

öffentlich, ein Theil der Generalversammlung sei, und die Delegirten als solche über die Resolutionen, welche gefaßt würden, abstimmen würden.

Die erste zur Diskussion gestellte Frage ist: „der Militarismus."

Die Debatte hierüber wird durch Hrn. Kuhl (Langerfeld) eingeleitet, welcher zunächst darauf hinweist, daß gegen die stehenden Heere alle liberalen Fraktionen wenigstens dem Namen nach auftreten, nur mit dem Unterschiede, daß die Einen für Verminderung, die Anderen für Beseitigung derselben auftreten. Durch diese stehenden Heere Oesterreichs, Rußlands, des Norddeutschen Bundes und Frankreichs gehe ein volkswirthschaftliches Kapital von 1500 Millionen Thalern jährlich verloren. Die Social-Demokratie stehe daher auf dem Standpunkt der gänzlichen Beseitigung der stehenden Heere. Den Einwurf, daß dadurch das Land wehrlos gemacht werde, weist Redner durch den Hinweis zurück, daß die Siege der französischen Revolutionsarmee und der Freiheitskämpfer der Schweiz nicht mit gedrillten Heeren erreicht seien. Wenn übrigens das Volk über Krieg und Frieden zu bestimmen habe, würden die Kriege schon beseitigt werden.

Herr Pfannkuch (Cassel): Die stehenden Heere ständen zum System der heutigen Gesellschaft in inniger Beziehung. Die heutige Gesellschaft stütze sich auf den Militarismus; wenn aber die Stimme des Volkes sich mit dem Donner der Kanonen vermische, werde der sociale Staat zur Wahrheit werden. Also Beseitigung des Militarismus!

Herr Puttlich (Altona) verweist auf die ungeheuren Summen, die dem Nationalreichthum durch die stehenden Heere entzogen werden. Darum müsse die Volkswehr eingerichtet werden.

Herr Richter (Wandsbeck): Die Bourgeoisie stütze sich auf den Militarismus, um nicht den Schutz gegen die Massen zu verlieren. Die Bourgeoisie Belgiens und Frankreichs habe gejubelt, als die Soldaten ihre Chassepots gegen strikende Arbeiter probirt. Von diesen Leuten sei also nichts für die Arbeiter zu erwarten, wenn sie auch zehn Mal auf die Tribüne träten und von ihrer Liebe zum Arbeiter sprächen. Stelle man der Bourgeoisie die Alternative, ob sie die Arbeiterbewegung oder die stehenden Heere beseitigen wolle, so werde sie sich für das erstere entscheiden.

Herr Hasenclever (Halver): Der Nationalreichthum sei in Händen der erbittertsten Gegner der Arbeiterklasse, werde er also durch den Militarismus vermindert, so könne das der Arbeiterstand nur mit Freuden begrüßen. Nur aus politischen Gründen sei er daher für Beseitigung des Militarismus.

Herr Zielowsky: 1813 und 1814 habe das Volk, nicht das stehende Herr das Vaterland gerettet, deshalb müsse man auf die Beseitigung der stehenden Heere dringen.

Herr Knollmann (Hannover): Der Militarismus halte die Forderungen des Volks nieder. Die Löhnung, insbesondere die Gehälter und Pensionen der Offiziere drückten das Volk. Der Arbeiterstand müsse die radicale Beseitigung der stehenden Heere fordern. Man müsse auf dem Wege der Gesetzgebung dies zu erreichen suchen, indem man möglichst viel Arbeiterabgeordnete in den Reichstag wähle, welche das Militärbudget verwerfen würden.

Es wird folgende Resolution von Herrn Kuhl eingebracht:

Die Generalversammlung erklärt: die stehenden Heere sind die Hauptstützen der heutigen reactionären Regierungen und zugleich der gesellschaftlichen Ausbeutung. Das demokratische Prinzip verlangt, daß überall an Stelle der stehenden Heere die allgemeine Volksbewaffnung trete.

Herr Jos. Schneider: Die stehenden Heere seien gegen das Volk gerichtet. Redner macht sodann darauf aufmerksam, daß statt der Kasernen für die stehenden Heere, Productions-Associationen zu errichten seien. —

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Herr Hartmann aus Hamburg. Er setze den Fall, es befinde sich in seiner Küche ein Stück Fleisch, gleichzeitig auch zwei Katzen, eine fremde und eine ihm gehörige. Er wolle nun die fremde Katze wegjagen und während der Zeit fresse ihm die eigene Katze das Fleisch auf; ganz so sei es mit der Frage der stehenden Heere. Mit dem stehenden Heere wolle man den äußern Feind verjagen, ehe das geschehe, verzehre aber das Heer den eigenen Nationalwohlstand.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Frage: „die neue Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes."

Die Debatte leitet der Reichstagsabgeordnete Hasenclever ein. Derselbe weist darauf hin, daß hier nur die Frage in Betracht kommen könne, welchen Einfluß die Gewerbeordnung auf die sociale Frage ausübe. Thatsächlich habe die Gewerbeordnung überlebte Einrichtungen aufgehoben. Dadurch gewinne selbstverständlich die Kapitalmacht eine größere Entwickelung und Ausbreitung. Die Kapitalmacht werde aber nur vorläufig vermehrt, denn zugleich wachse das Proletariat und der Klassenkampf, der mit dem Sieg der Arbeit enden werde. Auch er wünsche diese Entwickelung der Gesellschaft zu beschleunigen und hätte daher gewünscht, daß das Gewerbegesetz noch mehr Freiheit der wirthschaftlichen Bewegung gebracht hätte. In diesem Sinne empfehle er die Annahme folgender Resolution:

Die Generalversammlung erklärt: die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes ist ein Fortschritt in der Entwickelung der sogenannten wirthschaftlichen Freiheit; allein diese selbst befördert im ungleichen Concurrenzkampf zwischen Arbeitskraft und Capital nur die Macht des letzteren. Jemehr nun die Macht des Capitals steigt, desto größer wird der Klassengegensatz der Besitzenden und Besitzlosen und desto näher gerückt ist daher die Lösung der socialen Frage. Deshalb ist die Steigerung der sogenannten „wirthschaftlichen Freiheit" mit Freuden zu begrüßen.

Richter (Wandsbeck) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Durch die Vergrößerung der Capitalmacht werde die Kluft zwischen Capital und Arbeit größer, das Kleinbürgerthum werde dem Arbeiterstand näher gerückt und die Social-Demokratie werde dadurch gestärkt. Der Arbeiter habe nicht allein aus eigenem Interesse, sondern auch im Interesse seiner Kinder dahin zu wirken, daß der sociale Staat herbeigeführt werde. Es sei gleichgültig, welche Gewerbeordnung man gebe, die großen Fabriken, welche existiren, seien es allein, welche die Gewerbeverhältnisse feststellten. Auch könne man nur mit Freuden begrüßen, daß die besitzenden Klassen die bestehenden Verhältnisse lockern.

Herr Stiegler aus Chemnitz. Gesetze würden wohl gegeben, aber sie würden leider nur zu oft umgangen. Redner führt die Thatsachen an, für die er bürge, daß die Bestimmung, daß Kinder unter 14 Jahren nicht den ganzen Tag über beschäftigt werden dürfen, umgangen worden sei, indem bei polizeilicher Revision der Fabriken die Kinder versteckt worden seien. Die neue Gewerbeordnung habe das Großkapital gestärkt und das Kleinbürgerthum geschwächt. Habe die Bourgeoisie sich selbst das Grab gegraben, so wollen die Arbeiter noch eine Schaufel Erde darauf werfen.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Herr Jauk aus Leipzig verweist auf die Schädigung der Gewerbetreibenden durch die Zuchthausarbeit.

Herr Liebisch (Hamburg): Die heutige Presse, die im Dienste des Capitals stehe, werde dazu benutzt, zu verhindern, daß das Volk über die Resultate der Gewerbeordnung aufgeklärt werde. Ebenso hindere der Ehrgeiz des Kleinbürgers die Verbreitung der richtigen Ideen über den Werth der Arbeit und darüber, daß auch das Kleinbürgerthum nichts anderes sei als Sclave der Capitalmacht. Solche Ideen würden durch die Bourgeoisblätter unterdrückt. Redner bekämpft die Lehre Schulze-Delitzsch's und weist darauf hin, daß der heutige Gesellschaftszustand seinem Ende unter allen Umständen entgegen gehe, wenn nicht auf friedlichem, so auf gewaltsamem Wege.

Hierauf wird die Resolution einstimmig angenommen.

Es folgt die dritte Frage: „Das Grundeigenthum".

Die Debatte leitet ein, Herr Peter Schneider aus Frankfurt a. M. Er wende sich nicht nur an die Anwesenden und nicht nur an die Berliner, sondern an die ganze, gesammte Arbeiterbevölkerung, in der die Social-Demokratie verkörpert sei, und richte an sie die Mahnung, sich mit dieser Frage in eingehender Weise zu beschäftigen.

Es müsse auf die ländliche Arbeiterbevölkerung und das Kleinbauerthum eingewirkt werden. Nicht nur müsse die Ausbeutung des Landarbeiters schwinden, sondern auch ein rationeller Großbetrieb eingeführt werden. Der Acker könne bei der jetzigen Bewirthschaftung geschwächt und erschöpft werden, ja seine ganze Ertragsfähigkeiten verlieren. Und die ursprüngliche Fülle der Vegetation könne gänzlich aus einem Lande verschwinden. Es sei dies eine Folge des von der Bourgeoisie oft betriebenen Raubbaues und der Unmöglichkeit, daß der Kleinbauer sein Land mit den von der Wissenschaft gefundenen Hülfsmitteln bebaue. Also schon aus diesem Grunde sei es nothwendig, daß die Gesammtheit hier in ihrem Interesse die Landwirthschaft in die Hand nehme.

Herr Bräuer (Hamburg). Die Schulmeister haben wir schon längst abgesetzt und wir müssen, was wir sagen, in die Werkstellensprache übersetzen, damit man es verstehe. Das einzige Eigenthum, was Jeder besitzt, ist die Arbeitskraft, und um sie zu verwehrten muß auch das Werkzeug im Besitz des Arbeiters nicht des Capitalisten sein, das vornehmlichste Werkzeug aber ist der Grund und Boden. Aus diesem Grunde sei die Erde Eigenthum der ganzen Gesellschaft, der ganzen Menschheit. Das bestehende Mißverhältniß, daß einzelne das Grundeigenthum besitzen, beseitige man und gebe der Menschheit es wieder zurück. Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Grundeigenthümer habe schon die Bauernrevolutionen hervorgerufen, freilich habe der Bauer dann den kleinen Grundbesitz geschaffen anstatt Associationen zu begründen, und so sei er wieder der Capitalmacht in die Hände gefallen. Man dürfe nun allerdings dem Bauer nicht sagen, daß das kleine Stück Boden, das er besitze, sein nicht sei, das werde er schwer begreifen, aber man müsse auf Grund des Princips der Produktivassociation ihn aufklären. Wenn erst ländliche Productivassociationen begründet würden, so werde das Eigenthumsrecht der Kleinbauern leicht auf dem Wege der Ablösung für die Gesammtheit zurückerworben werden können. Mit dem Augenblick, wo wir die erste Produktivassociation mit Hülfe des Volksstaates begründen, beginnt der anzustrebende Zersetzungsprozeß der jetzigen Eigenthumsverhältnisse.

Es wird folgende Resolution von Herrn Peter Schneider beantragt:

Die Generalversammlung erklärt es für selbstverständlich, daß im anzustrebenden social-demokratischen Gesellschaftszustand alle Produktionsmittel, also auch der Grund und Boden, als das Hauptproduktionsmittel, im Gemeineigenthum zu stehen haben.

Haustein (Offenbach) spricht sich dahin aus, daß es Aufgabe der social-demokratischen Partei sein müsse, die Capitalmacht auch in dem Landwirthschaftlichen Besitz zu immer weiterer Ausdehnung gelangen zu lassen, damit auf diesem Wege ebenso wie auf gewerblichem Gebiete eine Zersetzung der bestehenden Verhältnisse herbeigeführt werde. Alsdann werde die Arbeiterklasse zum Klassenkampf heranwachsen und schließlich die socialistische Gesellschaft erringen.

Herr Hartmann (Hamburg): Es müsse Aufgabe der social-demokratischen Partei sein, die Produktionsmittel, Grundbesitz, Maschinen ꝛc. zu Gemeingut zu machen. Fordere die Gesammtheit, daß das Eigenthum an sie übergehe, dann müsse das geschehen. Die Arbeiterklasse müsse also dahin streben, die gesetzgebenden Körperschaften mit ihren Abgeordneten zu besetzen.

Herr Pfannkuch (Cassel) verweist auf Schulze's Ausspruch: Wenn die Lassalleaner die Industriearbeiter-Bataillone marschiren lassen, wird die Reaction die ländlichen Arbeiter-Bataillone aufmarschiren lassen. Diesen Ausspruch müsse die social-demokratische Partei unwahr zu machen streben. Macht giebt Recht, sei Bismarck's Wahlspruch. Auch die Social-Demokraten streben, damit sie das Recht dekretiren können, nach Macht. Freilich sei das Recht der Gesammtheit, was sie erstreben, ein anderes Recht, als das, was die Privilegirten wünschen. Wie in der Industrie habe auch der Klassenkampf bei der ländlichen Produktion begonnen. Die ländlichen Arbeiter müßten somit gleichfalls zum Socialismus herangezogen werden, um der Social-Demokratie so zur vollen Macht zu verhelfen. Es sei geboten, daß die Industriearbeiter den ländlichen Arbeitern die Hand reichen.

Herr Kuhl (Langerfeld): Wenn ein Krieg ausbreche, so rufe man den Soldaten zu: schützt Euren Grund und Boden, und dennoch besitzen so wenige von ihnen Grundeigenthum. Man gewähre darum dem Volke auch das Land, für das es so oft gekämpft habe.

Herr Richter aus Wandsbeck weist darauf hin, der Uebergang des Bodens in das Gemeineigenthum könne auch in der Weise vor sich gehen, daß das Privaterbrecht an Grund und Boden abgeschafft werde, dann werde es gelingen, den Grund und Boden zum Collectiveigenthum zu machen, ohne an dem kleinbäuerlichen Besitzer zu viel Widerstand zu finden.

Herr Petzold (Leipzig): Das Productionscapital jeder Art müsse Collectiveigenthum der Gesammtheit werden und die Gesammtheit müsse die Nutznießung an dem mit demselben hervorgebrachten Arbeitsertrage haben.

Herr August Kapell (Berlin): Traurig sei es, daß es unter den Anhängern der liberalen Partei Männer der Wissenschaft gebe, welche, wie die Anhänger der Fortschrittspartei dem Arbeiter die Lehren der Wissenschaft in unrichtiger Weise vorführen. In dem Ruf: „Die Capitalherrschaft muß zerstört werden!" gipfele die Lösung der socialen Frage.

Herr Bruchmann aus Mannheim weist darauf hin, wie die Capitalmacht auch in geistiger Hinsicht das Arbeitervolk niederhalte, dadurch, daß sie die Arbeiterjugend schlechteren Schulen überweise, als die Kindern der Besitzenden.

Schließlich wird die Schneider'sche Resolution einstimmig angenommen. (Schluß folgt.)

In der Schlußsitzung der Generalversammlung des Allg. deutsch. Arb.-Verein vom Dienstag fand die Wahl des Vorstandes statt, aus welcher nachstehende Mitglieder mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität hervorgingen: Tölcke (Berlin) Sekretär, Hasenclever (Berlin) Kassirer, Zielinsky (Paris), Kißling (Winterthur), Real (Düsseldorf), Klein (Elberfeld), Haustein (Offenbach), Pfannkuch (Kassel), Richter (Wandsbeck), Plambeck (Neumünster), Rösner (Dresden), G. Schneider (Frankfurt a. M.), W. Frick (Barmen), Bräuer (Hamburg), Leyer (Remscheid), Lübkert (Berlin), Knöllner (Brandenburg), Grüneberg (München), O. Kappell (Berlin), Gründorf (Berlin), A. Kapell (Berlin), Petzold (Leipzig), Zielowsky (Berlin), Wolf (Hamburg). — Außerdem wurden die noch übrigen Anträge erledigt.

An die Mitglieder des Allg. deutsch. Arbeiter-Vereins.

Ich ersuche die Beitragsammler, Briefe und Geldsendungen von jetzt ab richten zu wollen an meine Adresse. Wilh. Hasenclever in Berlin, Gitschinerstraße 17.

Berlin, 13. Januar 1870.

Der Vereinskassirer: Wilh. Hasenclever.

* Wegen angeblicher Hausrechtsverletzung bei Gelegenheit der Versammlung im Concerthause zu Berlin ist Herrn Tölcke heute Donnerstag ein auf 50 Thlr. Strafe nebst Kosten lautendes Strafmandat zugestellt worden. Die herumschnüffelnden Reporter der Berliner Zeitungen haben also eine feine Nase gehabt.

Verbands-Theil.

(Für den Allgemeinen deutsch. Arbeiterschafts-Verband.)

Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes.

Am Mittwoch wurde die Generalversammlung des Allg. deutsch. Arbeiterschaftsverbandes eröffnet, die von circa 90 Delegirten besucht war, welche circa 22,000 Gewerkschaftsmitglieder vertraten, die ihren Kassenpflichten vollkommen nachgekommen waren. Zunächst fand Generaldebatte statt. Dann erfolgte Prüfung der Kassenverhältnisse in derselben eingehenden Weise, wie beim Allg. deutsch. Arb.-Verein, alles wurde richtig befunden und genehmigt. Schließlich erfolgte die Debatte über Verschmelzung der Gewerkschaften mit einem Gewerkverein. Für sofortige Verschmelzung waren nach einem vorläufigen Ueberschlage circa 13,000 Stimmen, dagegen circa 9,000 Stimmen, so daß die zur Statutenänderung erforderliche ⅔-Majorität nicht erreicht wurde.

In der heutigen Donnerstags-Sitzung wurde nahezu einstimmig beschlossen: daß die Verschmelzung sämmtlicher Gewerkschaften stattfinden soll. Als Zeitpunkt wurde mit allen gegen 17 Delegirte der 1. Juli 1870 festgestellt und beschlossen, daß die künftige Verfassung sofort festgestellt und der Berathung die Vorlage des Präsidiums zu Grunde gelegt werden soll.

Allgem. deutsche Gewerkschaft der Schneider, Kürschner und Kappenmacher.

Berlin, 12. Jan. (An die Mitglieder.) In Erwägung, daß sich Herr Neff in München der Gewerkschaft der Schneider, Kürschner und Kappenmacher hat aufnehmen lassen, um in derselben Opposition zu machen, und zwar ohne Anfrage beim Ausschuß-Präsidium, was nach § 2 des Gewerkschaftsstatuts Pflicht ist, da derselbe Schriftsetzer ist, so beschließt die Gewerkschafts-Generalversammlung ihn als Störer unsrer Gewerkschaft auszuschließen. F. S. Liebisch, Präs.

Gewerkverein deutscher Holzarbeiter.

Hamburg, 11. Jan. (Zur Beachtung.) Ich ersuche alle Bevollmächtigten oder Cassirer, die Sammlung vom 4. Quartal laut Statut, zum 15. d. M. pünktlich einzusenden. Meine Adresse ist H. Bam[illegible] Mittelstr. 21, St. Georg, Hamburg.

* Einige Mitglieder des Allg. deutschen Arb.-Vereins in **Bayern** u. A. die Herren Neff, [illegible] und Wüchner, dieselben, welche bisher das „Proletarier" erscheinen ließen, haben sich von dem deutsch. Arb.-Ver. losgesagt, um eine eigene bayerische particularistische Partei zu bilden. Wir sind überzeugt, daß die bayerischen Vereinsmitglieder in ihrer Mehrheit, dieser Vereinsspielerei nicht huldigen werden, die auf nichts weiter berechnet ist, als aus einem [illegible]rischen Lokalblättchen pecuniären Gewinn zu ziehen. Bemerkenswerth ist, daß Herr Neff mit Herrn Lie[illegible] wie aus dem Blatt des Letzteren hervorgeht, sofort Pact geschlossen hat.

Annoncen.

Für Berlin.

Gewerkverein deutsch. Holzarbeiter.

Generalversammlung des Ver[illegible]

Donnerstag, den 13. Januar, Abends 8 [illegible]
im Lokale des Herrn Franke, Oranienstr. [illegible]
Die Mitglieder Berlins werden ersucht, von [illegible] Rechte der Theilnahme an den Berathungen Gebrauch zu machen. Ich Auftrage des Präsidiums: H. [illegible]

Für Hamburg.

Gewerkverein deutsch. Holzarbeiter.
Geschlossene Mitgliederversammlung.
Sonnabend, den 15. Januar, Abends 9 [illegible]
im Tischler-Amtshaus, Breitestraße.
Tagesordnung:
Berichterstattung über die Generalversammlung.
NB. Die Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Leh[illegible]

Für Barmen.

Allg. deutsch. Manufakturarbeiterschaft.
Mitgliederversammlung
Samstag, den 15. Januar, Abends pr. 8 [illegible]
beim Wirth Herrn Biebhahn, Werthershöfchen.
Ich ersuche sämmtliche Mitglieder, zu erscheinen.
Es liegen mehrere wichtige Angelegenheiten zur Berathung vor.
Der Bevollmächtigte August Huffe[illegible]

Für Barmen.

Oeffentliche Versammlung
der hiesigen Mitglieder des
Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.
Samstag, den 15. Januar, Abends 8 [illegible]
beim Wirth Sasse in Unter-Barmen.
Tagesordnung:
Vortrag des Bevollmächtigten. — Verschiedenes.
J. A.: C. S[illegible]

Für Dietesheim a. M.

Große Volksversammlung
Sonntag, den 16. Januar, Nachm. 3 [illegible]
im Gasthaus „Zum grünen Baum."
Tagesordnung:
1) Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht.
2) Die Coalitionsfreiheit.
Um zahlreiches Erscheinen bittet der Bevollmächtigte
Adam Hofma[illegible]
NB. Alle Lassalleaner der Umgegend sind freundlich eingeladen. — Mit social-demokratischem Gruß
Der Bevollmächtigte A. Hofma[illegible]

Für Kiel.

Sonnabend, den 15. Jan., Abends 8½ [illegible]
werde ich im „Englischen Garten" über die Generalversammlung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, [illegible] über die Verbandsgeneralversammlung Bericht erstatten. Alle Mitglieder des Vereins, so wie der Gewerkschaften werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Berlin, den 10. Januar 1870. F. Schr[illegible]

Entbindungs-Anzeige.

Allen Freunden und Parteigenossen die ergebene Nachricht, daß heute meine liebe Frau, Wilhelmine geb. Anders aus Alt-Scherbitz, mich mit einem kräftigen muntern Social-Demokraten erfreute.
Berlin, den 11. Januar 1870.
C. Zimmerman[illegible]

Druck von R. Bergmann in Berlin.
Verantwortl. Redakteur u. Verleger W. Grüwel in [illegible]